



Presseschau vom 19.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Deutsch.rt.com: **Machtpolitische Höhenflüge im östlichen Mittelmeer in Zeiten regionaler Neuordnung**

Laut EU sei die Lage "besorgniserregend", die Bohrungen der Türkei illegal. Dennoch sieht die EU von Sanktionen ab. NATO-Partner Griechenland und Türkei beanspruchen Gebiete im Mittelmeer, um Erdgas zu suchen. Doch inzwischen geht es nicht mehr nur um die beiden Erzrivalen. ...

<https://de.rt.com/29k1>

Marcel Joppa: **Virologen rätseln über niedrige Todeszahlen: Mutiert Coronavirus zum Schnupfen?**

Trotz weiter moderat steigender Zahlen von positiven Coronatests in Deutschland gehen die Todeszahlen kontinuierlich zurück. Das gibt Virologen ein Rätsel auf: Mehr Erkrankungen und weniger Opfer? Ein Forscher der Uniklinik Essen hält es nun für möglich, dass das Coronavirus mutiert ist und die vorher verkündete Gefährlichkeit immer weiter abnimmt.

<https://sptnkne.ws/Dw2M>

de.sputniknews.com: **Weißer Fleck in der Geschichte: „Ostarbeiter“ im Deutschen Reich – Neue Ausstellung**

Rund drei Millionen Menschen wurden im Zweiten Weltkrieg aus den von der Wehrmacht besetzten Ostgebieten ins Deutsche Reich verschleppt. Zur Zwangsarbeit in Rüstungsfabriken, im Bergbau, bei Ernte oder Müllabfuhr, in Handwerksbetrieben oder als Dienstmädchen in

privaten Haushalten. Eine neue Schau erinnert nun an sowjetische Frauen, Männer, Kinder. ...
<https://sptnkne.ws/Dw9x>

Nikolai Protopopow: Nato baut Festung Norwegen weiter aus – Kriegs-TV liefert passende Stimmung

Handelshäfen werden zu U-Boot-Stützpunkten umgebaut, Flugplätze werden erweitert, Großmanöver werden abgehalten und Aufklärungsflüge hören nicht auf: Die Nordatlantikkallianz ist im Norden Europas aktiver denn je. Norwegen dient dabei als Brückenkopf. Die Bevölkerung des Landes wird durch vorgebliche „Bedrohung aus Russland“ bei der Stange gehalten. ...

<https://sptnkne.ws/DwAr>

vormittags:

rusvesna.su: Tichanowskaja wandte sich in englischer Sprache an die Europäische Union

Die frühere Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja, die kürzlich in Litauen ihre Bereitschaft zur nationalen Führerin erklärt hatte, nahm eine Videobotschaft für die Führer der EU-Länder auf.

Sie sitzt vor der Kamera, in demselben Kleid, in dem sie Weißrussland hastig verlassen hat, und fordert die europäischen Staats- und Regierungschefs auf Englisch und unter weiß-rot-weißen Flagge (der Nationalisten, A.d.Ü.) auf, die Ergebnisse der am 9. August abgehaltenen Präsidentschaftswahlen nicht anzuerkennen.

Text der Rede von Tichanowskaja:

„Sehr geehrte Führer Europas.

In der zweiten Woche in Folge hat mein Volk friedlich für sein verfassungsmäßiges Recht gekämpft, seine Führer zu wählen.

Die Wahlen am 9. August waren weder fair noch transparent. Ihre Ergebnisse wurden manipuliert.

Menschen, die zur Verteidigung ihrer Stimmen auf die Straßen von Städten in ganz Weißrussland gingen, wurden schwer geschlagen, eingesperrt, vom Regime gefoltert, dass sich sich krampfhaft an die Macht klammert. Es gab Hunderte von Verletzten, mindestens zwei Menschen kamen ums Leben. Dies geschieht buchstäblich in der Mitte Europas.

Ich fordere Sie dringend auf, diese manipulierten Wahlen nicht anzuerkennen. Herr Lukaschenko hat in den Augen unseres Volkes und der ganzen Welt jegliche Legitimität verloren.

Um die friedliche Machtübertragung zu erleichtern, habe ich die Einrichtung des Nationalen Koordinierungsrates von Belarus eingeleitet. Er wird eine friedliche Machtübertragung durch Dialog anführen. Er wird sofort eine neue, faire und demokratische Präsidentschaftswahl mit internationalen Beobachtern ankündigen.

Sehr geehrte Staatsoberhäupter Europas, ich fordere Sie dringend auf, das Erwachen von Belarus zu unterstützen. Ich fordere alle Länder auf, die Grundsätze des Völkerrechts zu respektieren. Ich fordere Sie auf, die Souveränität der Republik Belarus und die Wahl des belarussischen Volkes zu respektieren."

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/3tmtLkfw2bQ" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/3tmtLkfw2bQ>

de.sputniknews.com: US-Stützpunkt in Syrien mit Raketen beschossen – Medien

Eine amerikanische Militärbasis, die sich im östlichen Teil der syrischen Provinz Deir ez-Zor befindet, ist mit Raketen beschossen worden. Dies berichten die Nachrichtenagentur Sana und

der TV-Sender „Al-Ikhbariya“.

Die Raketen sollen nahe dem amerikanischen Militärstützpunkt auf der von amerikanischen Truppen und kurdischen Einheiten kontrollierten Gaslagerstätte Koniko in der Provinz Deir ez-Zor eingeschlagen sein. Es seien mehrere Raketen abgefeuert worden.

Derzeit gebe es keine Informationen über mögliche Opfer und Schäden.

Zuvor hatten Medien berichtet, dass amerikanische Kampfhubschrauber einen Kontrollposten der syrischen Regierungsarmee im Nordosten Syriens attackiert hätten, weil syrische Kräfte laut lokalen Medien einen US-Konvoi an der Weiterfahrt in fremdes Gebiet gehindert hatten.

Die Vereinigten Staaten hatten seit 2014 in Syrien und dem Irak eine Anti-IS-Militäroperation mit ihren Verbündeten durchgeführt. Damaskus verurteilte die US-Präsenz auf dem Territorium Syriens und bezeichnete diese als illegal.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32594/34/325943485_0:0:1000:541_1000x0_80_0_1_8ec0dd8775becf44d54fccad389fb127.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. August wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Rebellen kündigen Schließung aller Grenzen in Mali an**

Meuternde Soldaten in Mali haben am Dienstag die Schließung aller Landesgrenzen und die Verhängung einer Ausgangssperre angekündigt.

„Ab heute, dem 19. August 2020, werden alle Luft- und Bodengrenzen bis auf Weiteres geschlossen und von 21.00 bis 05.00 Uhr wird eine Ausgangssperre verhängt“, sagte der Sprecher der Rebellen, Ismael Wagh, gegenüber dem TV-Sender ORTM 1.

Am Dienstag hatte es auf einem Militärstützpunkt unweit der Hauptstadt Bamako einen Aufstand gegeben.

Im Laufe der Meuterei sind einem Offizier zufolge der Präsident des westafrikanischen Landes, Ibrahim Boubacar Keïta, und der Regierungschef, Boubou Cissé, festgenommen worden. Einige Stunden nach seiner Festnahme kündigte Keïta seinen Rücktritt und die Auflösung des Parlaments an.

Der westafrikanische Staatenverbund Ecowas verurteilte die Meuterei am Abend und rief zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung auf. Später beschloss der Ecowas, zu dem 15 Länder gehören, die Grenzen zu Mali zu schließen und die wirtschaftlichen Transaktionen mit dem Land einzustellen.

Mali steckt seit Monaten in einer politischen Krise. Die Opposition im Lande fordert den Rücktritt von Präsident Keïta. Seine Beliebtheit war angesichts von Vorwürfen rund um Korruption und Wahlmanipulationen stark gesunken. Zudem wird er dafür kritisiert, die Gefahr durch den islamistischen Terror nicht in den Griff zu bekommen. Jüngst ist es immer wieder zu großen, teilweise gewalttätigen Protesten in dem Land gekommen.

Westafrikanische Staatschefs hatten daraufhin versucht, zwischen Keita und dem Anführer der Protestbewegung, Imam Mahmoud Dicko, zu vermitteln.

Außerdem sind in Mali sowie in anderen Ländern der Sahelzone etliche islamistische Terrorgruppen aktiv, einige haben dem Islamischen Staat (IS) oder Al-Kaida die Treue geschworen. Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International zeigen sich über die steigende Gewalt zunehmend besorgt. Rund 250.000 Menschen wurden aufgrund anhaltender Angriffe allein in Mali bereits vertrieben.

In dem Land sind auch deutsche Soldaten als Teil der UN-Stabilisierungsmission Minusma sowie der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali im Einsatz. Jüngst stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit für eine Ausweitung der Beteiligung deutscher Soldaten an der EUTM-Mission.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/13/327740778_0:0:3072:1662_1000x54180_0_0_826cbc403b9d09fbfa3706c875b27c73.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. August 3:00 Uhr bis 19. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen.

Richtung Gorlowka: automatische Granatwerfer – 1 mal (1 Granate).

Richtung Mariupol: Schusswaffen – 1 mal.

Außerdem wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt: Um 10:50 Uhr wurde im Gebiet von Nowgorodskoje eine Detonation festgestellt, vermutlich eine Minensperre.

Um 11:41 Uhr wurde eine Drohne der BFU im Gebiet von Gnutowo registriert.

Um 15:30 Uhr wurde eine Drohne der BFU im Gebiet von Wodjanoje beobachtet.

Um 19:05 Uhr wurde in Talakowka eine Detonation festgestellt, vermutlich bei der Durchführung von technischen Arbeiten.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Großbritannien schickt Schiffe zur Übung ins Schwarze Meer**

Die britischen Seestreitkräfte wollen im Schwarzen Meer eine multinationale Übung durchführen, um die ukrainische Marine gegen „Bedrohungen aus dem Osten“ zu wappnen. Dies kündigte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace an, der am Dienstag Kiew besuchte.

Großbritannien werde eine multinationale Trainingsinitiative für die ukrainische Marine anführen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen Bedrohungen im Schwarzen Meer zu verbessern, sagte Wallace laut einer Mitteilung der britischen Regierung.

Die Royal Navy werde im Herbst ihre Schiffe in die Region schicken, wo sie zusammen mit der ukrainischen Marine trainieren würden.

„Die maritime Trainingsinitiative ist ein weiterer Schritt nach vorn für die Beziehungen Großbritanniens und der Ukraine im Bereich der Verteidigung“, sagte Wallace.

Großbritannien habe die Ukrainer bereits bei der Aneignung zahlreicher Fähigkeiten unterstützt - von erster Hilfe bis operative Planung, damit sie ihre territoriale Einheit verteidigten.

„Großbritannien startet ein multinationales Training, um die ukrainische Marine gegen Bedrohungen aus dem Osten zu stärken“, heißt es in der Mitteilung der britischen Regierung. Während des Besuchs sprach Wallace mit dem ukrainischen Verteidigungsminister, Andrej Taran, und Oberbefehlshaber Ruslan Chomtschak über regionale Sicherheit und weitere Themen von beiderseitigem Interesse.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/26390/16/263901618_0:260:2924:1842_1000x0_80_0_1_c1dc5d257b6163b210349d48006ab213.jpg

de.sputniknews.com: **Russische und syrische Soldaten vernichten Terroristenunterschlüpfen in Hama**

Russische und syrische Soldaten haben in der Siedlung Tachmas im Norden der Provinz Hama die Fläche von Minen geräumt und die dortigen Unterschlüpfen der Terrorkämpfer zerstört. Nun können die Zivilisten zurückkehren, wie aus einer Mitteilung des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien hervorgeht.

Demnach wurden Höhlen und Verstecke vernichtet, in denen sich illegale militante Gruppen versteckt hatten. Außerdem hätten russische Soldaten den Ortsbewohnern, die erst kürzlich in ihre Häuser zurückgekehrt seien und Hilfe benötigen würden, Nahrungsmittel gebracht, teilte der Sprecher des russischen Versöhnungszentrums, Alexander Roschkin, gegenüber Journalisten mit.

Die Mehrheit der Bevölkerung im Dorf Tachmas sind Beduinen, die Landwirtschaft betreiben und ein System zur Bewässerung der Felder errichtet haben. Während des Krieges war das Dorf von Kämpfern besetzt, die das Bewässerungssystem zerstörten. Die Ortsbewohner waren daher zum Verlassen ihrer Häuser gezwungen.

„Als die Kämpfer das Gebiet eroberten, gingen viele (Einwohner – Anm. d. Red.) weg. Alle

Flüchtlinge haben den Wunsch, nach Hause zurückkehren“, sagte Talal Abdul Madri, Scheich des Beduinenstammes, der im Gebiet von Tachmas lebt.

„Wir mussten alles von Grund auf neu aufbauen“

Gleich nach ihrer Rückkehr begannen die Ortsbewohner mit dem Wiederaufbau ihrer Häuser. „Als wir zurückkehrten, war es sehr schwierig, weil wir nichts hatten. Unser Haus war zerstört“, sagte Mustafa Tamas, der vor kurzem mit seiner Familie in das Dorf zurückgekehrt ist. „Jetzt haben wir unser Haus wiederaufgebaut und einige Reparaturen vorgenommen. Nun haben wir wenigstens ein Dach über dem Kopf. Alle Häuser im Dorf wurden zerstört. Wir hatten nichts, also mussten wir alles von Grund auf neu aufbauen“.

Eine nicht geringe Rolle bei der Befreiung des Dorfes spielte auch die Volksmiliz, die die Kämpfer aus dem Dorf vertrieb.

Regierungskräfte bleiben in Umgebung

Vorerst bleiben die Regierungskräfte im Gebiet von Tachmas. Denn in der Wüste gibt es nach wie vor Kämpfer, die Angriffe auf die lokale Bevölkerung planen.

„Wir führen Aufklärungsaktivitäten in der Wüste, im Osten der Provinz Hama, durch. Wir suchen nach Minenfeldern, Höhlen und Unterschlüpfen der Terrorkämpfer“, sagte Mahmud Ahammad, Kommandeur einer Volksmilizen-Brigade, gegenüber Reportern. „Nicht weit von hier gibt es eine Siedlung, in der sich einst ein Stützpunkt der Terroristen befand. Wir haben ihn gestürmt und zurückerobert. Wir haben die Terrorkämpfer von dort vertrieben, sie haben dort viele Kämpfer verloren. Es war ihr letzter stationärer Stützpunkt“.

Seit knapp fünf Jahren: Mehr als eine Million Binnenflüchtlinge zurückgekehrt

Nach jüngsten Angaben des russischen Versöhnungszentrums sind seit dem 30. September 2015 mehr als 1,3 Millionen syrische Binnenflüchtlinge, die ihre Heimatorte wegen der Aktivitäten der Militanten verlassen mussten, heimgekehrt. Darüber hinaus kehrten etwa 590.000 Menschen, die das Land zuvor aus demselben Grund verlassen hatten, aus dem Ausland nach Syrien zurück.

Inzwischen wurden in Syrien bereits fast 3200 Hektar Land, mehr als 3100 Gebäude und mehr als 270 Kilometer Straßen entmint. 37.900 Munitionseinheiten, selbstgebastelte Sprengsätze und andere gefährliche Gegenstände wurden dabei entdeckt und entschärft. In den Provinzen Aleppo, Damaskus und Hama haben die Behörden des Landes ein Programm für den Wiederaufbau der Siedlungen ins Leben gerufen, die von Terroristen zurückerobert worden waren. Das Programm sieht die Instandsetzung der Infrastruktur in Siedlungen und Städten und zielgerichtete Hilfe für die Ortsbevölkerung vor.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32680/05/326800560_0:571:2730:2048_1000x54180_0_0_8864191f69ce9978077898bca7473627.jpg

belta.by: Lukaschenko entlarvte Lügen über ausländische Militärpräsenz in Belarus

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat die Behauptung einer ausländischen Militärpräsenz im Land zurückgewiesen. Er erklärte dies heute auf einer Sitzung des

Sicherheitsrates unter Beteiligung regionaler Führer per Videolink, wie BelTA erfahren hat. „Ein weiteres Problem sind Fälschungen und offene Lügen im Internet: ausländische Truppen in Weißrussland, Ausrüstung der Russischen Föderation in Weißrussland. Sie haben dies wahrscheinlich bereits gesehen, als diese Fälschungen verbreitet wurden. Sie nehmen eine Kolonne militärischer Ausrüstung - niemand weiß wann, niemand weiß wessen, welche Straße, aber jemand sagt, dass sie von der russischen Grenze nach Orscha ziehen ", bemerkte das Staatsoberhaupt.

„Sie übernahmen es ab und merkten nicht, dass es sich um belarussische gepanzerte Personaltransporter handelte, nicht um russische. Und sie bewegten sich in Richtung der westlichen Grenze (vor einigen Tagen wies Alexander Lukaschenko an, eine Luftlandebrigade von Witebsk nach Grodno zu verlegen. - Anm. BelTA), als die Entscheidung getroffen wurde, dass wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, um die Souveränität und Unabhängigkeit des Staates, die Staatsgrenze im Westen, zu schützen ", sagte der Präsident.

„Was ausländische Truppen betrifft, gibt es heute in Belarus keine einzige Person aus anderen Staaten", betonte er.

Lug-info.com: Am 19. August um 9:00 Uhr sind in der LVR 634 Fälle von Coronavirusinfektionen bestätigt.

Davon wurden insgesamt 601 Personen nach zweimaligen negativen Tests als gesund entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gab es 16 Todesfälle.

Rusvesna.su: Das belarussische Innenministerium informiert über Festnahmen im Traktorenwerk Minsk

Das belarussische Innenministerium berichtete am Morgen des 19. August über die Festnahme von zwei Teilnehmern einer nicht genehmigten Protestaktion in der Nähe des Traktorenwerks Minsk (MTZ).

„Heute Morgen fand am Eingang des MTZ-Werks eine nicht autorisierte Massenveranstaltung statt. Die Teilnehmer hinderten die Fabrikarbeiter daran, zur Arbeit zu gehen.

Polizisten kamen am Tatort an, warnten die Teilnehmer vor Gesetzesverstößen und baten sie, sich zu zerstreuen.

Einzelne Personen beachteten die Aufforderung nicht. Um illegale Aktionen zu unterdrücken, drängten die Milizionäre die Menge zurück und nahmen zwei der aktivsten Teilnehmer der Veranstaltung fest.

Einer von ihnen war ein nicht arbeitender Einwohner von Wolkowysk. Gegen die Inhaftierten wurde ein Verwaltungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Verfahren zur Organisation oder Durchführung von Massenveranstaltungen eingeleitet. Um den Fall im Rahmen eines Verwaltungsvergehens zu prüfen, werden sie an das Gericht weitergeleitet“, sagte Olga Tschomodanowa, die offizielle Vertreterin der Behörde.

Derzeit gibt es keine Demonstranten am Eingang der MTZ, Bereitschaftspolizisten sind im Park in der Nähe im Einsatz, es gibt einen Transportwagen. Strafverfolgungsbehörden patrouillieren in der Nähe des Werks.

Der Pressedienst des Werks teilte Reportern mit, dass der Betrieb seine Arbeit fortsetze.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/tvvBMW0-m_k" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/tvvBMW0-m_k

deu.belta.by: Lukaschenko dankt Arbeitern der Betriebe und ruft sie auf, den Blick nicht zu senken

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hat sich heute in der Online-Sitzung des

Sicherheitsrates unter Teilnahme der Leiter der Regionen über Bedrohungen und Druck auf eine Reihe von Bürgern ausgesprochen, was in der gegenwärtigen sozialen und politischen Situation geschieht. Das teilte ein BelTA-Korrespondent mit.

„Trotz der Tatsache, dass das ganze Land im Prinzip überwältigend mit der Arbeit beschäftigt ist, gibt es immer noch Schwierigkeiten in Bezug auf die sozio-politische Situation. Wir können es sehen. Wie ich gestern schon sagte, sollte man sich nicht beruhigen. Diejenigen, die uns beschwichtigen wollen, werden keinen Erfolg haben“, bemerkte das Staatsoberhaupt. Alexander Lukaschenko stellte fest, Hauptbedrohungen würden darin bestehen, dass Bedrohungen gegen Familienangehörige des Militärs, der Miliz, der Sonderdienste, der Beamten und der Vertreter der Massenmedien ständig im Gange seien. „Es gibt sogar Angriffe auf Mitglieder der Regierung. Sie haben das Verhalten einzelner Demonstranten gegenüber dem Gesundheitsminister gesehen“, so der belarussische Präsident.

„Drohungen und Angriffe (auch das beunruhigt uns) auf Arbeiter von Fabriken und Werken, auf Unternehmensleiter. Vor und nach dem Arbeitstag müssen sie durch den Korridor der aggressiven Menschenmenge gehen. Wie die Gestapo. Ich möchte den Arbeitern meine große Dankbarkeit ausdrücken und sie bitten, den Blick nicht zu senken“, unterstrich der Staatschef.

Mzdnr.ru: Am 18. August wurden in der DVR 33 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Einer der neuen Fälle wurde bei einer aus der Ukraine eingereisten Person festgestellt. Die übrigen neuen Fälle wurden bei Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten festgestellt, darunter drei medizinische Beschäftigte. Derzeit sind alle Patienten in zufriedenstellendem Zustand, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden 34 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – Frauen im Alter von 66 und 83 Jahren.

Am 19. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2147 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

958 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1069 als gesund entlassen, es gibt 120 Todesfälle. Zum Stand am 19. August wurden Coronavirusinfektionen bei 110 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

Belta.by: Das Arbeitsministerium fordert die Werktätigen nachdrücklich auf, über die Renten der Eltern nachzudenken

Das Ministerium für Arbeit und Sozialschutz hat einen offiziellen Aufruf an die Arbeitskollektive des Landes vorbereitet, erfuhr BelTA von der Behörde.

Das Arbeitsministerium ruft dazu auf, Emotionen beiseite zu lassen und sich daran zu erinnern, dass die soziale Sicherheit der Rentner und ihre eigene Zukunft vom Verhalten jedes Werktätigen abhängt.

„Unser Land befindet sich in einer schwierigen Situation. In den letzten Tagen hören wir zunehmend Aufrufe von Arbeitskollektiven, Streiks, Streikposten und Kundgebungen durchzuführen, was bedeutet, die Arbeit von Unternehmen und Organisationen zu stoppen. Jeder von uns hat Eltern. Viele von ihnen sind bereits ältere Menschen. Es gibt mehr als 2,5 Millionen von ihnen im Land. Sie, Angestellte von Unternehmen und Organisationen, stellen ihnen die Zahlung von Renten durch Ihre Arbeit zur Verfügung. Wenn Sie zur Arbeit gehen, schauen Sie Ihren Eltern in die Augen und treffen Sie eine Entscheidung.“, bemerkte das Arbeitsministerium.

Die Behörde selbst arbeitet auch bei unterschiedlichen Meinungen über das Geschehen im

Land wie gewohnt weiter. Die Mitarbeiter hoffen, dass die vereinten Menschen des Landes diese Krise überwinden können.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1597829786_403354_big.jpg

nachmittags:

deu.belta.by: **Lukaschenko: Sie irren sich, wenn sie denken, dass die Macht ins Wanken geraten sei**

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hebt hervor, dass die Behörden jemanden haben, auf den sie sich verlassen können. Das erklärte der Staatschef heute in der Online-Sitzung des Sicherheitsrates unter Teilnahme der Leiter der Regionen, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

Alexander Lukaschenko bemerkte, die Macht sei nicht allein. Gestern hätten im Land Kundgebungen zur Unterstützung der gegenwärtigen Regierung stattgefunden, an denen etwa 100.000 belarussische Bürger teilgenommen hätten. „Ich weiß über diese Aktionen Bescheid. Die Menschen haben ihre Position ausgedrückt. Ich möchte noch einmal betonen: Wenn jemand denkt, dass die Macht ins Wanken geraten ist, irrt er sich. Und ich möchte sagen, dass die Behörden jemanden haben, auf den sie sich stützen können. Deshalb werden wir nicht zurückschrecken. Wir werden unseren Weg so gehen, wie er sein sollte“, betonte der belarussische Staatschef.

„Diejenigen, die heute, vor allem im Ausland (das ist schon jetzt offensichtlich), ihre Säbel schärfen, werden ernsthaften Widerstand erhalten. Dies ist nicht unbegründet. In Grodno werden bereits polnische Flaggen aufgehängt. Dies ist unzulässig. Und ähnliche Dinge werden auf radikale Weise gestoppt werden“, fügte Alexander Lukaschenko hinzu.

de.sputniknews.com: **Armeestationierung im Westen Weißrusslands – Polen spricht von „psychologischem Spiel“ Lukaschenkos**

Die Stationierung der weißrussischen Armee im Westen des Landes ist laut dem polnischen Vizeaußenminister Marcin Przydacz ein psychologisches Spiel von weißrussischen Behörden, das keine externe Bedrohung darstellt.

Der weißrussische Staatschef, Alexander Lukaschenko, hatte am Dienstag erklärt, dass das Militärkommando Weißrusslands die Kampfeinheiten der Armee an den westlichen Grenzen der Republik stationiert und diese in volle Kampfbereitschaft gebracht habe.

Przydacz verwies gegenüber „Polskie Radio“ darauf, dass es nicht die erste Erklärung solcher Art sei, die Lukaschenko gemacht habe.

„Wir analysieren natürlich aufmerksam und beobachten alle Bewegungen. Ich möchte aber

beruhigen: Die polnische Sicherheit ist nicht bedroht.“

Der Politiker meint, dass Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko ein gewisses „psychologisches Spiel“ verfolge, das „das Element der Angst und Bedrohung in den gesellschaftlichen Dialog einführen“ solle. Dadurch solle die Gesellschaft um die einzig akzeptable Macht herum vereinigt werden – nämlich die „Macht von Lukaschenko“.

Przydacz betonte, dass Polen dies als weißrussisches psychologisches Spiel und nicht als externe Bedrohung wahrnehme.

Laut seinen Angaben hatte am Dienstag Polens Präsident Andrzej Duda ein Telefongespräch mit dem Nato-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, geführt. „Die Verpflichtungen der Nato zu einer kollektiven Verteidigung und Sicherheit aller Nato-Mitglieder wurden vollständig bekräftigt.“

dan-news.info: Heute fand in Donezk eine Gedenkkundgebung zum 100. Geburtstag des sowjetischen Staatsmanns Wladimir Degtjarjow statt, der in den 1960er und 70er Jahren die Oblast Donezker zur Zeit ihres ökonomischen Aufschwungs leitete. Einwohner der Hauptstadt versammelten sich am Denkmal für Degtjarjow im Kiewskij-Bezirk.

Zum Denkmal kamen einige Hundert Donezker, darunter der Bürgermeister Alexej Kulemsin und Verwandte Degtjarjows.

„Wladimir Iwanowitsch konnte mit seinem Herzen, seiner Energie, seinem persönlichen Vorbild unseren geliebten Donbass wiedererschaffen und wiederbeleben. Eine große Zahl von Unternehmen wurde beispielsweise in seiner Amtszeit geschaffen, aber das ist ein Tropfen im Meer, wenn man alles aufzählt, was nicht an einem Tag erreicht wurde“, sagte Kulemsin.

Eine Urenkelin Degtjarjows, Jekaterina, trug eines seiner Lieblingslieder vorher. Zum Kulturprogramm trat auch der Generaldirektor und künstlerische Leiter der staatlichen Donezker akademischen Philharmonie Alexandr Parezkow. Zum Abschluss der Kundgebung legten die Anwesenden Blumen am Denkmal nieder.

Wladimir Degtjarjow wurde 1920 in Stawropol geboren. Im Donbass traf er nach der Befreiung der Region von den faschistischen deutschen Besatzern ein. Er war am Wiederaufbau der Kohlebergwerke beteiligt. Als erster Sekretär des Donezker Oblastkomitees der KPU (1963 bis 1976) leitete er die Reform der Kohlebranche, initiierte die Gründung einer Reihe von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Region und breit angelegte zivile Bauprojekte. In seiner Amtszeit wurde in Donezk der Jugendpalast „Junost“ erbaut, das Gebäude des Zirkus und des heimatkundlichen Museums und das pädagogische Institut wurde in eine Universität umgewandelt (die heutige Donezker Nationaluniversität). Außerdem wurde eine groß angelegte Begründung der Industriestädte vorgenommen und das Oblastzentrum wurde mit einer Million Rosensträuchern geschmückt.

In Donezk findet im Heimatkundlichen Museum eine Ausstellung zu Leben und Wirken von Degtjarjow statt.

de.sputniknews.com: UN-Sicherheitsrat bespricht Lage in Weißrussland

Der UN-Sicherheitsrat hat auf Initiative der USA und Estlands die Lage in Weißrussland und deren Auswirkungen auf den Frieden und die Sicherheit in Europa geprüft. Dies teilte der Pressedienst des estnischen Außenministeriums am Dienstag mit.

Demnach hat Estland als nicht ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates eine Diskussion über die Situation in Weißrussland angeregt. Der estnische Außenminister, Urmas Reinsalu, äußerte in seiner Rede tiefe Besorgnis über den übermäßigen Einsatz von Gewalt durch die weißrussischen Behörden während der Proteste, so der Pressedienst.

„Der Sicherheitsrat ist verpflichtet, gewalttätige Konflikte zu verhindern. Daher ist es unsere Pflicht, im Voraus zu warnen und den Kenntnisstand zu erhöhen. Wir haben gesehen, was in verschiedenen Ländern der Welt passiert, wenn unfreie und unehrliche Wahlen scheitern und die berechnete Unzufriedenheit der Menschen nicht berücksichtigt wird“, gab Reinsalu zu

bedenken.

Ferner betonte der Minister, dass jede Einmischung von außen in die Angelegenheiten von Weißrussland den Frieden und die Sicherheit sowohl im Land selbst als auch in der gesamten Region gefährde. Reinsalu schlug vor, dass ein UN-Vertreter regelmäßig Berichte über die Situation in diesem Land im Sicherheitsrat vorstellt. „Estland wird das Geschehen in Weißrussland weiterhin genau verfolgen und erforderlichenfalls das Augenmerk des Sicherheitsrates auf verschiedene und am besten geeignete Weise unterstützen“, versicherte der Außenminister.

Zuvor hatte Russlands erster stellvertretender Botschafter bei der Uno, Dmitri Poljanski, auf seinem Twitter-Account geschrieben, die Situation in Belarus gehöre zu den internen Angelegenheiten des Landes und sei nicht Gegenstand einer Diskussion im UN-Sicherheitsrat. Ihm zufolge wies Russland während der Diskussion auch auf die Doppelmoral westlicher Kollegen hin, die nach den Wahlen in ihren Staaten oder auch in anderen Ländern keine ähnlichen Probleme und Fälle von Polizeibrutalität im Sicherheitsrat aufwarfen. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32730/76/327307633_0:376:3073:2038_1000x0_80_0_1_77fcd7e173afc9ff4a6caf90cf08dd4c.jpg

belta.by: Kreml: Russische Militärtechnik befindet sich auf dem Territorium der Russischen Föderation

Russische Militärtechnik befindet sich auf dem Territorium der Russischen Föderation, sagte Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow heute gegenüber Reportern, informiert BelTA.

Als Dmitri Peskow gebeten wurde, sich zu den Informationen zu äußern, die in einigen Medien veröffentlicht wurden, dass Konvois russischer Militärtechnik an die Grenze zu Weißrussland fahren, sagte er: „Russische Militärtechnik befindet sich in der gesamten Russischen Föderation, daher gibt es nichts zu kommentieren.“

„Was den Vertrag über kollektive Sicherheit, den Vertrag über den Unionsstaat, betrifft, so gibt es in der Tat eine Reihe von Verpflichtungen der Parteien zur gegenseitigen Unterstützung“, bemerkte er. „Aber Sie wissen, dass es jetzt keinen solchen Bedarf gibt, und tatsächlich hat die belarussische Führung selbst dies bestätigt, es gibt keine solche Notwendigkeit.“

Gleichzeitig sagte Dmitri Peskow, dass es Versuche gebe, sich von außen in die Situation in Belarus einzumischen. „In der gegenwärtigen Situation ist die Hauptsache, dass es keinen Einfluss von außen und keine Einmischung in das Geschehen in Belarus geben sollte. Wir bedauern, dass Versuche einer solchen direkten Einmischung stattfinden. Wir halten eine solche Einmischung für inakzeptabel“, betonte der Pressesprecher des Präsidenten RF. Er forderte alles zu tun, um die Situation in Belarus im rechtlichen Rahmen zu erhalten. „Belarus ist unser Unionsstaat, unser brüderliches Land, und die Weißrussen sind unser

brüderliches Volk. Wir behandeln alles, was in Weißrussland geschieht, als eine innere Angelegenheit dieses Landes. Wir glauben, dass jeder alles Notwendige tun sollte, um dies sicherzustellen. Es wurden Bedingungen geschaffen, um die Situation innerhalb des rechtlichen Rahmens aufrechtzuerhalten, in dem der notwendige Dialog geführt werden könnte ", fügte Dmitri Peskow hinzu.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1597837169_403373_big.jpg

belta.by: Mitarbeiter des Bildungsministeriums organisierten einen Flashmob, um Lehrer zu unterstützen

Diese Information wurde auf dem Telegram-Kanal der Behörde veröffentlicht, teilt BelTA mit.

„In jüngster Zeit gab es im Internet, in Messengern und in sozialen Netzwerken Tatsachen, die Kinder in die politischen Spiele von Erwachsenen einbezogen haben, sowie Fälle der Verfolgung von Lehrern. Die Schule sollte nicht Gegenstand politischer Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten sein“, heißt es in der Botschaft.

Lehrer stehen außerhalb der Politik. „Unsere Berufung ist es zu lehren, keine Intrigen aufzubauen. Kinder sollten lernen“, hieß es. „Wir fordern die pädagogische Gemeinschaft des Landes auf, damit unsere Kinder am 1. September in einem friedlichen und ruhigen Land an ihren Schreibtischen sitzen.“

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 19.08.2020
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **sechsmal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung** verletzt.

Kämpfer des 2. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade haben mit einem automatischen Granatwerfer in Richtung **Dolomitnoje** geschossen und eine Granate abgefeuert, Kämpfer eines Luftsturmataillons der 36. Marineinfanteriebrigade haben provokativ mit Schusswaffen in Richtung **Kominternowo** geschossen. In beiden Fällen waren die **Schüsse nicht zielgerichtet** und bedrohten nicht das Leben unserer Soldaten oder Zivilisten.

Außerdem haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade in Verletzung des Verbots zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten zweimal einen **Quadrokopter vom Typ „Mavic PRO“** in den Gebieten von Gnutowo und Wodjanoje eingesetzt, mit dessen Hilfe sie die Tarnung ihrer Positionen kontrollierten.

Außerdem haben wir im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Talakowka und der 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Nowgorodskoje die **Durchführung von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen unter Einsatz von Sprengeinrichtungen** festgestellt.

Nach genaueren Informationen wurden drei Kämpfer der 35. Brigade infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit technischen Sprengsätzen unterschiedlich schwer verletzt.

Unsere Aufklärung hat Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium durch Einheiten der BFU bestätigt, was eine Verletzung der beschlossenen Maßnahmen ist und Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner gefährdet, diese Sachverhalte werden auch im Bericht der OSZE-Mission vom 18.08.2020 bestätigt.

In den letzten 24 Stunden wurde die **Stationierung von zehn Schützenpanzern** aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade in der Nähe von Sajzewo (sewernoje) entdeckt, aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade wurden **sieben 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“** in der Nähe von Datschenskoje und **vier Artilleriegeschütze „Gwosdika“** in der Nähe von Grigorowka.

Dabei hat eine mobile Gruppe des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte mit Mitteln der elektronischen Kriegsführung die **Leistungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission** im Verantwortungsbereich der 24. Brigade in den Gebieten von Sajzewo (sewernoje) und Nowoluganskoje **blockiert**, um die stationierten Waffen und Technik zu verheimlichen.

Trotz des Fehlens von Kampfhandlungen bringt jeder neue Tag Verluste in den Reihen der ukrainischen Truppen.

So betrogen die **nicht kampfbedingten Verluste des Gegners nach Angaben unserer Aufklärung in den letzten 24 Stunden sechs Mann.**

So wurden gestern um 10:50 Uhr in der 35. Marineinfanteriebrigade drei ukrainische Kämpfer infolge von Verletzungen von Sicherheitsanforderungsbestimmungen beim Umgang mit technischen Sprengsätzen verletzt.

Nach genaueren Informationen haben die verletzten Kämpfer S.Ju. Iwanow, S.A. Skoskow und A.N. Schilo, die sich jetzt in ernstem Zustand im Hospital in Tschasow Jar befinden, ihre Gesundheit missachtet und sich unzureichend vor der Detonation in Sicherheit gebracht. Außerdem hatten alle drei keine individuellen Schutzmittel.

Eine Stunde später, um 12:00 Uhr, entstand auf den Positionen der 36.

Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Schirokino ein Brand in einem Unterstand, der als Erholungsort eingerichtet war. Bei der Löschung des Feuers wurde der Kämpfer M.D. Wibe durch die Detonation von Munition, die in dem Unterstand hinterlassen worden war, verletzt. Er wurde mit zahlreichen Splitterverletzungen in das Hospital von Mariupol eingeliefert.

Um 13:40 Uhr erlitt am Stationierungsort der 56. Panzergrenadierbrigade der Kämpfer A.A. Tschajka durch die Detonation eines Granatzünders Splitterverletzungen an der Hand.

Um 18:30 Uhr wurde der Kämpfer I.P. Kosma mit zahlreichen Knochenbrüchen und Abschürfungen in das Hospital von Krasnoarmejsk eingeliefert. Die offizielle Version für die Verletzungen verweist auf einen Sturz aus dem Laderaum eines Lastwagens. Aber unserer Aufklärung wurde bekannt, dass der Kämpfer beim Versuch, ein privates Haus auszurauben, von örtlichen Einwohnern von Karlowka gefasst und verprügelt wurde.

Es ist wichtig anzumerken, dass diese Verluste in den offiziellen Berichten der Besatzer nicht angegeben werden.

Wir schließen nicht aus, dass das Kommando der OOS versucht, die nicht kampfbedingten Verluste ein weiteres Mal vor dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte zu verheimlichen.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass militärisches Material, das die ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der staatlichen Rüstungsausgaben für 2020 erhalten haben eilig **in den Einheiten in der OOS-Zone eingesammelt und in die Tiefe des Landes transportiert wird.**

So haben die Kommandeure der Einheiten und Truppenteile nach unseren Informationen die

Anweisung erhalten, bis zum 19. August alle Nachtsichtmonokulare Archer NVMA-14 und Nachtsichtbinokulare Archer NVGA-15 in den vorgesehenen Kisten und Verpackungen zum Flughafen „Wasilkow“ in der Oblast Kiew zu bringen.

Dieser Sachverhalt hat Unzufriedenheit unter den ukrainischen Kämpfer und ihren Kommandeuren an der Front hervorgerufen, die meinen, dass so die Beobachter in der Nacht völlig die Möglichkeit verlieren, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Nach unseren Informationen weigerte sich der Kommandeur des 18. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade, die Geräte abzugeben und teilte mit, dass diese Anweisungen kriminell seien.

de.sputniknews.com: **Wegen Spionage-Skandal: Norwegen weist russischen Diplomaten aus**

Norwegen hat am Mittwoch einen russischen Diplomaten im Zusammenhang mit dem Spionageskandal ausgewiesen. Das teilt NRK unter Verweis auf das norwegische Außenministerium mit.

Das Außenministerium Norwegens teilte mit, dass der russische Diplomat in der Handelsabteilung der Botschaft tätig gewesen sei und Handlungen durchgeführt habe, welche „mit dem diplomatischen Status unvereinbar“ seien. Er sei zur Persona non grata erklärt worden und müsse das Land in Kürze verlassen. Laut dem Pressedienst des Außenministeriums wurde der russische Botschafter in Oslo bereits darüber in Kenntnis gesetzt.

Vergangene Woche wurde ein norwegischer Staatsbürger in Oslo festgenommen. Die Festnahme erfolgte in einem Restaurant. Der Verdächtige soll sich dort mit einem vermeintlich russischen Agenten getroffen haben.

Dem Mann wird vorgeworfen, über einen langen Zeitraum Kontakt zu einem russischen Agenten gehabt und Staatsgeheimnisse weitergegeben zu haben. Ihm soll eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren drohen. In dem Fall wurde laut NRK bisher nur eine Person festgenommen. Der Norweger ist Angabem zufolge bei der Klassifikationsgesellschaft DNV GL (Det Norske Veritas) angestellt. Der Verdächtige habe bereits eingeräumt, dass er Geld für Informationen erhalten habe. Er soll jedoch bestritten haben, dass die von ihm übergebenen Daten den nationalen Interessen Norwegens schaden würden.

belta.by: **„Um dem Volk ein friedliches Land zurückzugeben“ - Lukaschenko gab die Ergebnisse der Sitzung des Sicherheitsrates bekannt**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko teilte die endgültigen Entscheidungen der letzten Sitzung des Sicherheitsrates mit, an der die Leiter der Regionen per Videolink teilnahmen. In verschiedenen Bereichen wurden spezifische Anweisungen gegeben, die sich auf die Stabilisierung der Situation im Land beziehen - Gewährleistung der Sicherheit, Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, stabile Arbeit von Unternehmen und Organisationen, Medienaktivitäten, Information ausländischer Staats- und Regierungschefs über die Situation in Belarus, hat BelTA erfahren.

Staatsgrenze:

„Ich weise das Staatliche Grenzkomitee an, entsprechend unserer Diskussion den Schutz der Staatsgrenze entlang der gesamten Außengrenze zu stärken, um zu verhindern, dass Militante, Waffen, Munition und Geld aus anderen Ländern nach Weißrussland gelangen, um die Unruhen zu finanzieren. Wir sehen, dass dieses Geld kommt“, sagte der Staatschef.

Er bemerkte, dass dieses Geld auch den Demonstranten zugute kommt, wenn auch nicht allen. „Menschen, die Geld verdienen wollen, werden bezahlt. Mit Blumen stehen, etwas anderes tun. Ich möchte nicht sagen, dass jeder so ist. Aber viel Geld fließt und ganz offen“, sagte Alexander Lukaschenko.

Der Präsident fasste zusammen, dass die Grenzschutzbehörden neben den Sonderdiensten

auch daran arbeiten sollten, solche Finanzströme und -kanäle abzuschneiden.

Verteidigungsministerium:

„Das Verteidigungsministerium sollte der Bewegung von NATO-Truppen in das Gebiet Polens und Litauens besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir müssen die Richtungen ihrer Bewegung und ihre Pläne verfolgen. Aber im Moment sehen wir all diese Pläne. Es stört uns nicht generell, aber einige Dinge, insbesondere in Richtung Grodno. Deshalb müssen wir auf jeden Fall Maßnahmen ergreifen und nicht zögern, unsere Streitkräfte und Ausrüstung in die Richtungen ihrer Bewegung zu bringen“, sagte der Staatsoberhaupt.

„Das heißt, wir müssen diese Probleme kontrollieren. Besonders in Grodno, in Richtung Grodno. Weil der große Wunsch besteht, die Situation dort noch stärker zu destabilisieren als in Minsk“, fügte der belarussische Staatschef hinzu.

Innenministerium:

Alexander Lukaschenko wies das Innenministerium an, Unruhen im Land, insbesondere in Minsk, zu verhindern. „In Minsk sollte es keine Unruhen mehr geben. Die Menschen sind müde, die Menschen fordern Frieden und Ruhe“, betonte der Präsident.

Er merkte an, dass es einerseits gut sei, dass die Weißrussen das Gefühl hätten, sie könnten verlieren. „Aber hören Sie, es gibt ein Meer von Menschen, die überwiegende Mehrheit, die es gewohnt sind, in einem ruhigen Land zu leben. Und wir müssen ihnen dieses ruhige Land zurückgeben“, sagte Alexander Lukaschenko.

Er forderte auch, dass die Arbeiter vor Diffamierung und Straßenbedrohungen geschützt werden. „Zum Schutz der Arbeitskollektive - nicht nur der Arbeiter in Fabriken und Betrieben, sondern auch anderer Kollektive, Organisationen (Bedrohungen strömen auf sie ein), Kollektive der Massenmedien“, sagte der Staatsoberhaupt.

„Wenn jemand in den Medien - ONT, BT, woanders - streiken, rausgehen und dann wieder zurückkommen will, sollte er keine solche Chance haben. Gehen heißt gehen. Aber wir müssen die Kollektive schützen. Und das ist heute unsere Aufgabe. Es ist relevant.“, fügte der Präsident hinzu.

Staatssicherheitskomitee:

Alexander Lukaschenko wies das Staatssicherheitskomitee an, die Aktivitäten der Organisatoren der Straßenunruhen, um Kanäle für die Finanzierung der Unruhen in Belarus zu öffnen, zu identifizieren und zu unterdrücken. „Egal wie schwierig es ist, wir müssen diese Arbeit fortsetzen und maximal arbeiten“, betonte der belarussische Staatschef.

Außenministerium:

Das Außenministerium wies der Staatsoberhaupt an, die Arbeit zu organisieren, um den Staatsoberhäuptern der westlichen Staaten Informationen über die Lage in Belarus zu übermitteln. „Man muss ihnen nur sagen, was in Weißrussland passiert. Damit diese Informationen von Merkel, Macron, Duda, Nausea, Selenskiy und anderen zur Kenntnis genommen werden. Damit sie wissen, was in Weißrussland passiert, was der offizielle Standpunkt ist“, sagte Alexander Lukaschenko. „Und sie (ohne schüchtern zu sein) vor der Verantwortung für die Auslösung von Unruhen zu warnen. Die Finanzierung von Unruhen ist Anstiftung. Und wir sehen heute, dass diese Finanzierung fortgesetzt wird.“

„Zweitens ist es kontraproduktiv, an der Grenze zu Weißrussland Raupentechnik aufzufahren und Übungen durchzuführen. Sie müssen dies verstehen und werden dafür verantwortlich sein, wenn etwas passiert“, fügte er hinzu.

Medien:

„Mit den Mitteln der Massenmedien ist zu erklären, zu berichten, die Menschen zu warnen, dass die Programme dieser „Schwarzen Hundert“ der Weg zum Abgrund und zur Zerstörung von Belarus als souveränem und unabhängigem Staat sind. Sie sehen es. Außerdem treiben sie uns in einen Konflikt mit unseren historischen Brüdern – den Russen. Das darf nicht erlaubt sein. Deshalb müssen die Medien aktiver werden“, sagte Alexander Lukaschenko.

Regierung:

Das Staatsoberhaupt wies die Regierung an, die Umsetzung und Kontrolle seiner Anordnungen für einen reibungslosen Betrieb der Unternehmen sicherzustellen. „Ich muss sagen, dass sowohl die Leiter als auch die Regierung hier viel Arbeit geleistet haben und es gute Ergebnisse gibt. Aber wir können uns nicht entspannen“, sagte er.

Dem Präsidenten zufolge ist es notwendig, die Betriebsleiter bei der Organisation des Produktionsprozesses zu unterstützen. „Es ist unbedingt erforderlich, dies zu tun. Es ist nicht sinnvoll, die Leiter der Menge gegenüberzustellen, die manchmal am Einlass sitzt und die Menschen bei der Arbeit stört. Nun, innerhalb der Unternehmen gibt es einen bestimmten Personenkreis“, sagte das Staatsoberhaupt. „Aber dennoch: Wenn Sie arbeiten wollen - arbeiten (wie ich bereits sagte), wenn Sie nicht wollen - vor dem Tor, stören Sie nicht die Arbeit anderer. Und in allen Unternehmen, die heute zu hören sind, gibt es eine große Menge an überschüssigem Personal.“

Alexander Lukaschenko betonte auch, wie wichtig es sei, sich auf die Lösung alltäglicher Probleme und Probleme im Leben der Bürger des Landes zu konzentrieren. „Hier hat der Außenminister zu Recht Vorschläge gemacht, und die Gouverneure haben darüber gesprochen“, bemerkte der Präsident.

„Die Menschen sollten sehen, dass sich die Behörden, insbesondere die zentralen, nicht nur mit den Fragen der Ordnung in der Heldenstadt Minsk und anderen zwei oder drei Städten befassen, sondern auch mit den Fragen, von denen das Leben unseres Volkes abhängt“, betonte der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1597844610_52100_big.jpg

de.sputniknews.com: **Lawrow äußert sich zu aktuellen Ereignissen in Weißrussland**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat gegenüber dem russischen TV-Sender „Rossiya 1“ die aktuellen Ereignisse in Weißrussland kommentiert.

„Bei dem, was wir nun aus den europäischen Hauptstädten zu Ohren bekommen, vor allem aus dem Baltikum (Litauen, Estland) sowie aus Polen und dem EU-Parlament, geht es nicht um Lukaschenko, Menschenrechte oder Demokratie. Sondern es geht nur um Geopolitik. Um jene Regeln, die unsere westlichen Partner im alltäglichen Leben auf unserem Kontinent und in anderen Teilen der Welt durchsetzen wollen“, so Lawrow.

Ferner äußerte der russische Außenminister die Hoffnung, dass jene, die mit den jüngsten Wahlergebnissen in Weißrussland unzufrieden sind, Bereitschaft zu einem Dialog mit den Behörden an den Tag legen würden.

„Ich sehe keinen Mangel an Bereitschaft seitens der Behörden zu einem Dialog. Und ich hoffe sehr, dass dieselbe Bereitschaft von jenen an den Tag gelegt wird, die aus dem einen oder anderen Grund mit dem Wahlergebnis unzufrieden sind.“

Russland zeigt sich laut Lawrows Aussagen über die Lage in Weißrussland besorgt. „Wir sind besorgt über den Versuch, die inneren Schwierigkeiten auszunutzen, mit denen derzeit Weißrussland, die weißrussische Bevölkerung und die Regierung konfrontiert sind, um von außen in diese Ereignisse und Prozesse einzugreifen. Nicht nur um sich einzumischen, sondern um den Weißrussen jene Ordnung aufzudrängen, die die externen Akteure für sich selbst als vorteilhaft erachten. Niemand macht ein Geheimnis daraus, dass es um Geopolitik, um den Kampf um den postsowjetischen Raum geht“, sagte er. „Wir haben diesen Kampf schon früher beobachtet, nachdem die Sowjetunion zerfallen war. Das letzte Beispiel ist natürlich die Ukraine.“ ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/12/327737895_0:241:3010:1869_1000x541_80_0_0_1a2c94bff45133c18c4cddb5b7200199.jpg

deu.belta.by: **Lawrow: Einmischung von außen in Belarus setzt sich zum Ziel, fremden Willen aufzudrängen**

Die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus setzt sich zum Ziel, dem belarussischen Volk fremden Willen aufzudrängen. Das erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow im Interview mit dem russischen Fernsehsender „Rossija“, dessen Auszug auf der Seite des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde.

„Wir sind über die Ereignisse in Belarus sehr beunruhigt. Und das betrifft eben den Versuch, innere Schwierigkeiten zu nutzen, mit denen Belarus, das belarussische Volk und die Führung konfrontiert sind, um sich von außen in die Ereignisse einzumischen und den Belarussen den Willen äußerer Spieler aufzuzwingen. Niemand verschweigt, dass es um die Geopolitik geht, den Kampf um den postsowjetischen Raum. Wir verfolgten schon diesen Kampf auf früheren Entwicklungsstufen, als die Sowjetunion zerfiel. Das letzte Beispiel liefert uns natürlich die Ukraine. Die Worte, die wir aus europäischen Hauptstädten, in erster Linie aus Ostseestaaten (Litauen, Estland) sowie aus Polen, dem Europäischen Parlament hören, betreffen nicht Lukaschenko, Menschenrechte und Demokratie. Das ist reine Geopolitik. Es geht um die Regeln, die unsere westlichen Partnern in den Alltag auf unserem Kontinent und anderen Ecken der Welt einführen wollen“, betonte Sergej Lawrow.

Der russische Außenminister hob hervor, dass es bestimmte völkerrechtliche Vorschriften gibt, nach denen man sich richten muss, wenn man sich über die Ereignisse in jenem oder einem anderen Land ausspricht. „Wenn belarussische Nachbarn Nachteile bei den durchgeführten Wahlen sehen, so ist Belarus erstens ein souveräner Staat. Dort gibt es eine Verfassung, Gesetze, Verfahren, mit deren Hilfe man die Wahlergebnisse bestreiten und bezweifeln kann. Zweitens gibt es in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR). Eine seiner Funktionen besteht darin, die Wahlen in den OSZE-Mitgliedsstaaten zu

beobachten. Das findet Niederschlag in den Verpflichtungen, die von allen Mitgliedsstaaten dieser respektierten Organisation unterschrieben wurden. Zurzeit sagt man, dass die Verstöße während der Wahlkampagne offensichtlich waren und von freiwilligen Beobachtern in sozialen Netzwerken, auf Videos usw. registriert seien. Das Büro selbst behauptet, zu spät eingeladen worden zu sein, deshalb wohnte es nicht den Wahlen bei. Das ist falsch. Die einzige Verpflichtung von Belarus war es, internationale Beobachter zu nationalen Wahlen einzuladen“, sagte Sergej Lawrow.

Sergej Lawrow stellte fest, dass ODIHR verschiedene Ansätze zur Beobachtung von Wahlen zum Osten von Wien, im postsowjetischen Raum einerseits und im Westen von Wien, insbesondere in den USA andererseits nutzt. „In einige Staaten schickt man 800 Menschen, in andere 12 oder überhaupt niemanden. In die Ostseestaaten schickte das Büro einige Male keine Beobachter, trotz der Tatsache, dass Hunderttausende Menschen in Estland und Lettland keine Wahlberechtigung besitzen, weil sie einen für die Europäische Union blamablen Status der Nichtbürger haben. Russland hat zusammen mit GUS-Partnern schon mehrfach vorgeschlagen, klare Wahlbeobachtungsregeln einzuführen, in denen festgeschrieben ist, wie viele Beobachter im Voraus geschickt werden und wie viele Menschen unmittelbar die Wahlen beobachten sollen“, unterstrich der russische Außenminister.

Sergej Lawrow empfiehlt allen, die schwierige Lage in Belarus nicht zum Ziel zu nutzen, einen normalen, gegenseitig respektvollen Dialog zwischen Staatsmacht und Gesellschaft zu ruinieren. „Wir analysieren die Videos, in den sozialen Netzwerken gibt es direkte Aufrufe. Wir sehen die Provokationen gegen die Streitkräfte. Ich hoffe sehr, dass Belarussen genauso wie alle Freunde von Belarus im Ausland ihre Probleme selbst meistern und nicht denen folgen, die dieses Land nur als geopolitischen Raum ansehen, um ihre bekannte destruktive Logik „entweder mit Russland oder mit Europa“ zu lancieren“, erklärte er.

Sergej Lawrow rief dazu auf, nicht zu vergessen, was für eine Rolle die westlichen Kollegen während des Maidans 2014 in der Ukraine spielten. Er sei überzeugt, dass das weise belarussische Volk einen Ausweg aus der Situation selbst finde. Die Macht sei zu einem Dialog bereit. Er hoffe auf dieselbe Bereitschaft seitens derjenigen, die mit den Wahlergebnissen unzufrieden seien.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1597841016_52099_big.jpg

de.sputniknews.com: **Merkel: EU-Staaten erkennen Wahlergebnis in Weißrussland nicht an**

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten werden das Ergebnis der umstrittenen Präsidentenwahl in Belarus nicht anerkennen. Die Abstimmung sei weder fair noch frei gewesen, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch nach einem Sondergipfel zur politischen Krise in Belarus.

Es gebe keinen Zweifel daran, dass es massive Regelverstöße bei der Wahl gegeben habe, sagte die CDU-Politikerin nach rund dreistündiger Beratung mit ihren Kollegen.

„Wir verurteilen die brutale Gewalt gegen Menschen“, so Merkel.

Alle Gefangenen müssten bedingungslos freigelassen werden. Zudem setze man sich - wie von der Opposition gefordert - für einen nationalen Dialog ein.

Für die per Videokonferenz geführten Gespräche der Staats- und Regierungschefs war in Brüssel extra die politische Sommerpause unterbrochen werden. Die EU wollte damit auch ein deutliches Zeichen setzen, dass sie an der Seite der friedlich demonstrierenden Menschen in Belarus steht.

Seit der von Fälschungsvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl am 9. August gibt es in der ehemaligen Sowjetrepublik Massenproteste gegen Lukaschenko. Vor allem zu Beginn reagierte die Polizei mit Gewalt gegen die weitgehend friedlichen Demonstranten.

Noch kurz vor dem Sondergipfel hatte die Opposition die EU dazu aufgefordert, die Wahl Lukaschenkos nicht anzuerkennen. Aus dem Exil in Litauen sagte die Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja: «Verehrte Anführer Europas, ich rufe Sie dazu auf, das Aufwachen von Belarus zu unterstützen.»

Lukaschenko selbst forderte die EU-Staaten hingegen dazu auf, sich mit ihren eigenen Problemen zu befassen. «Bevor sie mit dem Finger auf uns zeigen, sollten sie die Themen wie die "Gelbwesten" in Frankreich oder die schrecklichen Unruhen in den USA auf die Tagesordnung ihrer Treffen setzen.»

In Antwort auf die Polizeigewalt bei Demonstrationen hatten die Außenminister der EU-Staaten bereits vergangene Woche Sanktionen gegen Unterstützer Lukaschenkos auf den Weg gebracht. Zudem soll es Strafmaßnahmen gegen Personen geben, die für eine Fälschung der Präsidentenwahl verantwortlich gemacht werden.

Die Menschen in Belarus demonstrierten am Mittwoch unterdessen den elften Tag infolge gegen Lukaschenko. In Staatsbetrieben legten Beschäftigte erneut die Arbeit nieder, allerdings weniger als zu Wochenbeginn, wie das unabhängige Portal tut.by berichtete. Protestaktionen gab es auch in anderen Städten des Landes. Doch auch Unterstützer Lukaschenkos versammelten sich zu Straßenprotesten.

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 19. August 2020

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK keine Feuerprovokationen von Seiten der BFU festgestellt. ...

Trotz der Vereinbarungen über eine Feuereinstellung stationieren die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weiter **schwere Technik und Waffen in Ortschaften in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern und gefährden so die Zivilbevölkerung des Lugansker Landes.**

Einwohner von Orechowo, die die Untätigkeit der Verwaltung des Bezirks Popasnaja, an die sie mehrfach Forderungen stellten, die Militärtechnik aus der Ortschaft abzuziehen, leid sind, haben eine kollektive Beschwerde an den Leiter der Lugansker militärisch-zivilen Verwaltung Gajda geschrieben. Die Einwohner der Ortschaft teilen mit, dass nach der Rotation der Soldaten in der OOS-Zone Kämpfer der 14. Brigade Panzerfahrzeuge am nördlichen Rand der Ortschaft stationiert haben. Dabei nutzen die Kämpfer zur Tarnung der Technik Scheunen der Einwohner der Ortschaft, die ihre Gebäude zeitweilig verlassen musste.

Gemäß den Forderungen der verzweifelten Einwohner soll die Leitung der Oblastverwaltung mit zum 23. August Einfluss auf die Soldaten ausüben und alle Waffen aus der Ortschaft abziehen. Im Fall der Nichterfüllung der Forderungen haben die Einwohner vor, ein Video an den Präsidenten der Ukraine aufzuzeichnen und Filmteams ukrainischer Fernsehsender einzuladen....

Das nachlässige Verhalten gegenüber den dienstlichen Obliegenheiten ist Ursache für die Verletzung nicht nur von ukrainischen Soldaten sondern auch von Zivilisten. Am 17. August

gab es bei Schießübungen in der 30. Brigade einen Unfall. In Verletzung der Sicherheitsbestimmungen hatte das Brigadekommando die **Bevölkerung von Berestowoje nicht über die Schießübungen auf einem Übungsplatz in der Nähe der Ortschaft informiert**. Außerdem ignorierte das Brigadekommando die Festlegungen, dass das Schussgebiet visuell erfasst werden kann und abgeriegelt werden muss. Die Verletzung dieser Anforderungen führte dazu, dass bei den Schießübungen mit einer AK-74-Maschinenpistole **ein Einwohner von Berestowoje**, der wilde Äpfel im angrenzenden Wald sammelte, **an der Schulter verletzt** wurde. Der Brigadekommandeur Garas setzt derzeit seine administrativen Ressourcen ein, damit Mitarbeiter der Polizei und des militärischen Rechtsordnungsdienstes die Augen vor diesem Vorfall verschließen. Dem Verletzten wurden für sein Schweigen 20.000 Griwna angeboten. ...

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Schiffe der Kriegsmarine begleiteten russische Rohrleger**

Schiffe der russischen Kriegsmarine haben die Rohrlegeschiffe, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind, begleitet. Dies teilte der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Mikhail Popow, am Mittwoch mit.

„Die Anwesenheit (der Kriegsmarine – Anm.d.Red.) hat es ermöglicht, feindliche Aktionen von Schiffen ausländischer Flotten zu vermeiden. Ihr Interesse an dieser Maßnahme war groß“, sagte Popow.

Die Rede ist von dem Rohrleger „Akademik Cherskiy“ sowie von den Versorgungsschiffen „Ostap Sheremet“ und „Ivan Osipenko“, die auf dem Weg von Wladiwostok nach Kaliningrad in diesem Frühjahr waren.

Die „Akademik Cherskiy“ traf am 8. Mai im deutschen Hafen Mukran ein. Im Februar hatte das Schiff den russischen Pazifik-Hafen Nachodka verlassen und war nach Singapur gefahren. Unterwegs änderte das Verlegeschiff jedoch wiederholt seine Route.

Auch die unter russischer Flagge fahrende Rohrlegebarge „Fortuna“ des Pipelinebauers MRTS ist längst in Mukran vor Ort. Anfang August war aber bekannt geworden, dass der Pächter des Rohrlegekahns nicht in das Projekt einsteigen werde.

Für den Fertigbau der Exportpipeline Nord Stream 2, die von US-Sanktionen belegt ist, wird MRTS die ‚Fortuna‘ nicht zur Verfügung stellen“, sagte ein Unternehmenssprecher der russischen Nachrichtenagentur RBK. Zugleich räumte er ein, dass MRTS nie Eigentümer des Kahns gewesen sei.

Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland. Die Hälfte der geplanten Gesamtkosten von 9,5 Milliarden Euro trägt der russische Staatskonzern Gazprom. Die andere Hälfte finanzieren fünf europäische Energieunternehmen: Wintershall Dea, OMV sowie Uniper, Royal Dutch Shell und Engie. Die Rohrleitung ist zu 94 Prozent fertig. Von den 2460 Kilometern fehlen nur noch gut 150 - etwa 120 in dänischen und mehr als 30 in deutschen Gewässern. Der Bau war im Dezember unterbrochen worden, nachdem US-Präsident Donald Trump Sanktionen gegen an dem Projekt beteiligte Unternehmen ermöglicht hatte. Daraufhin stieg die Schweizer Firma Allseas, die zwei Schiffe zur Verlegung der Rohre stellte, aus dem Projekt aus. Im Juli drohte US-Außenminister Mike Pompeo eine Ausweitung der Sanktionen an, die auch deutsche Unternehmen treffen könnte.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/1b/327574228_0:39:3067:1698_1000x541_80_0_0_e4cb81185cf77c5156d785f6429b4931.jpg

de.sputniknews.com: **EU kündigt Sanktionen gegen Weißrussland an**

Die Europäische Union wird in Kürze Sanktionen gegen Weißrussland verhängen. Die Strafmaßnahmen betreffen laut EU-Ratspräsident Charles Michel die Verantwortlichen für die mutmaßliche Wahlfälschung und die Niederschlagung der Proteste im Lande.

„Wir haben eine sehr wichtige Entscheidung getroffen – wir beabsichtigen, Sanktionen zu verhängen, die gegen die Personen und Behörden gerichtet sind, welche an der Gewalt und der Wahlfälschung teilgenommen haben“, so Michel.

Die EU überlege sich außerdem, auch Staatspräsident Alexander Lukaschenko auf die Sanktionsliste zu setzen.

Von der Leyen will „demokratische Machtübergabe“ in Weißrussland fördern

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte ihrerseits die Bereitschaft der Europäischen Union, bei einer „demokratischen und friedlichen“ Machtübergabe in Weißrussland zu vermitteln.

„Wir sind bereit, uns auf jede mögliche Weise zu engagieren, um eine friedliche und demokratische Machtübergabe in Weißrussland zu fördern. Wir unterstützen den Beginn eines Dialogs zwischen den Behörden und der Opposition, und es gibt eine starke Unterstützung für die Rolle der OSZE“, so Von der Leyen. Die OSZE suche derzeit vermutlich nach Möglichkeiten, einen Dialog in Weißrussland auf den Weg zu bringen.

Zuvor hatte auch das Europäische Parlament laut seinem Präsidenten David Sassoli die EU-Führung zu unverzüglichen Sanktionen gegen Weißrussland aufgerufen, um ernsthafte Verstöße gegen die Menschenrechte in Weißrussland zu bestrafen.

Die Strafmaßnahmen könnten Sassoli zufolge das Einfrieren des Vermögens derjenigen mit einschließen, die ihre Macht missbrauchen und die grundlegenden Freiheiten verletzen würden.

Es gebe laut Sassoli zudem jeden Grund, eine Eskalation von Repressalien und eine militärische Einmischung zu befürchten.

„Ich denke, dass Sie alle sich darin einig sind, dass es unsere Pflicht ist, alles Mögliche zu tun, um dieser Gewalt ein Ende zu setzen und zu gewährleisten, dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden“, sagte Sassoli. ...

de.sputniknews.com: **Stetiger Meinungs austausch ist ganz normal: Peskow über Putins Telefonate mit Lukaschenko**

Der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat bestätigt, dass Russlands Staatschef Wladimir Putin am Dienstag ein Telefongespräch mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko geführt hat. Dabei hätten die beiden Präsidenten die

Lage in Weißrussland besprochen.

Am Dienstag habe Putin mehrere Telefongespräche geführt, nämlich mit der deutschen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, dem französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, und dem EU-Ratspräsidenten, Charles Michel, verriet Peskow.

„Es gab auch ein weiteres Gespräch mit Lukaschenko. Das Thema ist Weißrussland, das Thema ist verständlich. Ein Meinungsaustausch findet statt, wir haben relevante Mitteilungen veröffentlicht“, äußerte der Kreml-Sprecher vor Journalisten.

Bei der Pressekonferenz wurde Peskow unter anderem gefragt, warum der weißrussische Präsident seinen russischen Amtskollegen so oft anrufe und aus welchem Grund mehrere Telefonate nötig gewesen seien.

„Es ist ganz normal, dass die zwei Staatschefs vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen in Weißrussland einen stetigen, regelmäßigen Meinungsaustausch haben“, äußerte Peskow. ...

Auch wurde Peskow gefragt, ob der Kreml die Ergebnisse der Wahlen in Weißrussland anerkenne und wie man die Tatsache erklären könne, dass die Position einiger Duma-Abgeordneter von den Glückwünschen des Präsidenten abwich.

Der Sprecher des russischen Staatschefs verwies darauf, dass Präsident Putin seinem weißrussischen Amtskollegen zur Wiederwahl gratuliert habe. Dies (die Meinungsverschiedenheit – Anm. d. Red.) ließe sich damit erklären, dass in der Russischen Föderation die Außenpolitik und die Grundlagen der Innenpolitik durch das Staatsoberhaupt bestimmt werden“, äußerte er. ...

abends:

deu.belta.by: **Makej unterstreicht Wichtigkeit einer evolutionären Entwicklung von Belarus ohne äußere Einmischung**

Der Außenminister Wladimir Makej hat die ständige Koordinatorin der UNO in Belarus Joanna Kazana-Wisniowiecki getroffen. Das gab der Pressedienst des Außenministeriums bekannt.

Der Außenminister informierte über die Lage in Belarus nach den Wahlen.

„Der Außenminister hob die Wichtigkeit einer evolutionären Entwicklung des Landes ohne äußere Einmischung in innere Angelegenheiten des souveränen Staates hervor“, hieß es aus dem Außenministerium.

Die Seiten besprachen auch weitere Kooperationsrichtungen und Prioritäten zwischen Belarus und UNO.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1597849654_52103_big.jpg

belta.by: **Chrenin stellte die Aufgabe, das Einsatzkommando in westlicher Richtung zu stärken**

Heute fand eine Sitzung des Sicherheitsrates von Belarus statt. Das Staatsoberhaupt wies an, die Ausbildung der Truppen zu intensivieren, um die beabsichtigten Aufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig sollte der westlichen Einsatzrichtung und den Truppen des westlichen Einsatzkommandos besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

„Im Rahmen der Umsetzung der Anweisungen des Präsidenten hat der Verteidigungsminister, Generalmajor Viktor Chrenin, die Aufgabe gestellt, Vorschläge für die Umsetzung von Maßnahmen der Formationen und Militäreinheiten des westlichen Einsatzkommandos zur Vorbereitung und Durchführung der Verteidigung in der taktischen Richtung von Grodno vorzubereiten. Das Einsatzkommando sollte mit der Raketendivision ‚Totschka‘ und der Division ‚Polonaise‘, einer Abteilung für unbemannte Flugsysteme, Luftverteidigung, elektronische Aufklärung und elektronische Kriegsführung verstärkt werden“, teilte die Behörde mit.

Die Vorschläge werden am 20. August Viktor Chrenin vorgelegt.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1597856089_403421_big.jpg

de.sputniknews.com: **EU-Kommission will Weißrussland mit 53 Millionen Euro zusätzlich stützen**

Die EU-Kommission plant, im Namen der Europäischen Union weitere 53 Millionen Euro „zur Unterstützung des weißrussischen Volkes“ bereitzustellen, teilte Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Mittwoch in Brüssel mit.

„Eine Million davon ist für die Förderung der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien bestimmt“, sagte sie nach einem EU-Sondergipfel zur Lage in Weißrussland.

"Wichtig ist, beim weißrussischen Volk zu sein"

„Wir haben Weißrussland im Rahmen (des Programms) der Östlichen Partnerschaft bislang aktiv unterstützt. Aber jetzt ist es wie nie zuvor wichtig, beim weißrussischen Volk zu sein und die Mittel von den weißrussischen Behörden zur Zivilgesellschaft und zu verwundbaren Gruppen (der Bevölkerung) umzuleiten. Die EU-Kommission mobilisiert jetzt zusätzliche 53 Millionen Euro für die Unterstützung des weißrussischen Volkes in diesen schweren Zeiten“, sagte von der Leyen.

Ihr zufolge sollen zwei Millionen Euro von dieser Summe für die Unterstützung der „Opfer der Repressalien und der unangemessenen staatlichen Gewalt“ zur Verfügung gestellt werden. Mit den restlichen 50 Millionen sollten vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie das Gesundheitssystem, aber auch mittelständische und Kleinunternehmen gefördert werden, sagte die EU-Kommissionschefin.

deu.belta.by: **Premiers von Belarus und Russland besprechen
Wirtschaftszusammenarbeit**

Die Premiers von Belarus und Russland Roman Golowtschenko und Michail Mischustin haben in einem Telefonat die Ankurbelung der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen beiden Staaten besprochen. Das gab der Pressedienst der russischen Regierung bekannt.

„Michail Mischustin und Roman Golowtschenko diskutierten über bestimmte Aufgaben, die mit der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Belarus und Russland in Handel und Wirtschaft und Vertiefung der Kooperation in Energiebranche, Industrie und anderen Bereichen verbunden sind“, hieß es aus dem Pressedienst.

„Die Regierungschefs stimmten in der weiteren Vertiefung der praktischen Zusammenarbeit im Rahmen des Unionsstaates überein“, so der Pressedienst der russischen Regierung.